

Abstimmungen 2020 | Walliser Komitee «Nein zur Kündigungsinitiative» legt Argumente dar

# «Katastrophal für die Wirtschaft»

**NATERS | Eine breite Walliser Allianz mobilisiert gegen die Begrenzungsinitiative der SVP. «Das Wallis hat alles zu verlieren und nichts zu gewinnen», so der Tenor des Nein-Komitees an seiner gestrigen Pressekonferenz im WNF in Naters.**

«Um auf dem Markt weiterhin bestehen zu können, brauchen die Unternehmen stabile Rahmenbedingungen und insbesondere einen erleichterten Zugang zu Fachkräften, die in der Schweiz nicht verfügbar sind», so Vincent Riesen, Direktor der Walliser Industrie- und Handelskammer. Was nicht heisse, dass die Schweiz ihre Migrationspolitik aufgeben habe. So gewähre man Arbeitnehmenden aus den EU-Mitgliedsstaaten einen bevorzugten Zugang, während der Rest der Welt den strengen Kontingenten des Ausländer- und Integrationsgesetzes unterliege. Zudem sei auch die Sozialbilanz der Personenfreizügigkeit alles andere als katastrophal, wie das die Befürworter der Initiative behaupten.

## «Falsche Zahlen»

CVP-Nationalrat Philipp Matthias Bregy seinerseits ärgert sich, dass die Initianten mit falschen Zahlen um sich werfen würden: «Die Realität muss für sie brutal sein. So sind wir mit einem Wanderungssaldo

von 32 000 Personen aus EU-Ländern im Jahr 2019 von der Rhetorik der «unkontrollierten Zuwanderung» weit entfernt.» Und hierbei sei auch erwähnt, dass mehr als eine halbe Million Schweizerinnen und Schweizer in einem EU-Land leben würden. Die Personenfreizügigkeit und damit auch die anderen bilateralen Abkommen zu kündigen, wäre eine tief greifende Beschneidung der Schweizer Freiheiten.

## «Ohne Ausländer würde nicht mehr viel gehen»

Wie wichtig die Bilateralen und vor allem die Personenfreizügigkeit für das Wallis sind, zeigt Unternehmer Manfred Schmid an einem Beispiel aus seiner Branche auf: «Der Maurerberuf im Wallis zeichnet 200 Pensionierungen bei lediglich 32 Lernenden.» Ohne ausländische Arbeitskräfte würde auf dem Bau nicht mehr viel gehen.

Aber auch im Tourismus sieht es nicht anders aus, weiss Markus Schmid, Präsident des Walliser Hotelierevereins: «Von den 15 000 Beschäftigten im Walliser Hotel- und Gastgewerbe hat nur ein Drittel einen Schweizer Pass. Die meisten Schweizer sind nicht bereit, diese Arbeit zu machen.» Riesen ergänzt, dass man in der Diskussion nicht zuletzt auch die Industrie nicht vergessen sollte: «Walliser Wirtschaftsstandbeine wie die Lonza sind auf hoch

qualifiziertes Personal aus dem Ausland angewiesen. Werden hier jetzt neue bürokratische Hürden aufgebaut, könnte das zu einer Verlagerung der Produktion ins Ausland führen.» Dabei würden sich Europäer und Schweizer auf dem Arbeitsmarkt eigentlich ideal ergänzen. Die einen zu verteuern, indem man behauptet, die anderen zu verteidigen, sei wirtschaftlich falsch und menschlich fragwürdig.

## «Nachverhandlungen sind illusorisch»

Nebst dem Fachkräftemangel, der bei einem Ja auch im Gesundheitssektor und in der Landwirtschaft verschärft würde, führt SAB-Direktor Thomas Egger mit dem Exportmarkt von landwirtschaftlichen Produkten ein weiteres Argument gegen die Begrenzungsinitiative ins Feld: «Mit 58 Prozent der Schweizer Exporte und 75 Prozent der Importe ist die EU der wichtigste Markt für Schweizer Agrarprodukte. Eine Kündigung des Landwirtschaftsabkommens wäre für diesen Sektor fatal. Ausserdem wären dann auch Herkunftsbezeichnungen wie Raclette AOC im Ausland nicht mehr geschützt.» Nachverhandlungen, wie das die SVP meine, seien völlig illusorisch. Ein Ja würde die Kündigung der Bilateralen bedeuten. Und das wäre für die ganze Walliser Wirtschaft katastrophal. **mk**



**Warnt vor den Konsequenzen.** Das Nein-Komitee um Vincent Riesen, Direktor der Walliser Industrie- und Handelskammer (links), sieht bei einer Annahme der Begrenzungsinitiative grosse Probleme auf das Wallis zukommen. **FOTO POMONA.MEDIA**

«Ehe für alle» | Nationalrat stimmte im Juni mit grosser Mehrheit dafür. Rieders Rechtskommission bremst abrupt

# «Ehe für alle» – oder: Reynard gegen Rieder

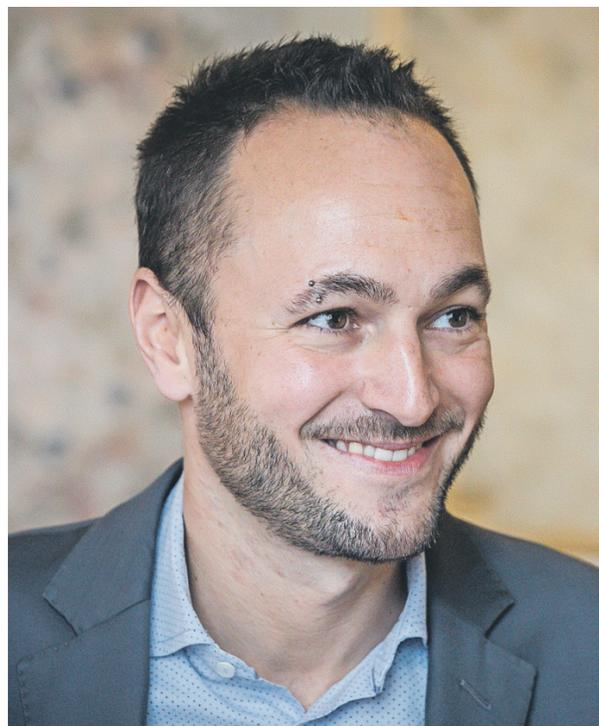
**SCHWEIZ | Im Juni ebnete der Nationalrat mit überwältigender Mehrheit den Weg für die «Ehe für alle». Nun könnte die parlamentarische Initiative verzögert und erschwert werden. Mitten in der Diskussion: zwei Walliser Parlamentarier.**

ADRIEN WOEFFRAY

132 zu 52 Stimmen und 13 Enthaltungen. Die Mehrheit im Nationalrat für den Gesetzesentwurf zur «Ehe für alle» war am 11. Juni 2020 überwältigend. Vor allem wenn man bedenkt, dass Die SP-, Grünen- und GLP-Fraktion (aus letzterer stammt die Initiative) nur 99 Stimmen zusammenbringt. Die «Ehe für alle» fand demnach im Nationalrat bis weit über die Mitte Zuspruch und wurde an den zweitberatenden Ständerat überwiesen.

## Bundesbericht gegen Juristengutachten

Dort regt sich nun Widerstand. Beat Rieder, Präsident der Rechtskommission des Ständerates (RK-SR), will die Verfassungsmässigkeit der parlamentarischen Initiative genau überprüfen lassen – obwohl ein Bericht des Bundesamtes für Justiz (BJ) dem Vorschlag des Nationalrates zustimmt. So habe die RK-SR ein Gutachten erhalten, sagt Rieder, das darauf hinweise, dass die parlamentarische Initiative gegen Artikel 14 der Verfassung ver-



**Wie weiter?** Mathias Reynard (links) und Beat Rieder sind sich bei der «Ehe für alle» nicht einig. **FOTOS POMONA.MEDIA/ALAIN AMHERD/ANDREA SOLTERMANN**

stosse: «Das Recht auf Ehe und Familie ist gewährleistet.»

Von wem das Gutachten stammt und was genau es beinhaltet, will Rieder nicht sagen. Es handle sich beim Verfasser aber um einen «Verfassungsrechtler mit Renommee». Der Bericht des BJ sei hingegen, wie es der Name schon sagt, nur ein Bericht. Die gegensätzlichen Positionen seien einander gegenüberzustellen.

## «Spiel auf Zeit»

Mathias Reynard befremdet Rieders Vorgehen. «Auch wir haben an alle Punkte gedacht und es hat bereits ein Rechtsgutachten gegeben», sagt der SP-Nationalrat, «muss für die Einführung der Ehe für alle wirklich die Verfassung geändert werden? Die Antwort lautet nein.» Er bezieht sich dabei auf den von Rieder kritisierten Bericht des BJ.



Für Reynard ist klar, dass es sich bei Rieders Vorgehen um reine Verzögerungstaktik handelt und damit die Einführung der «Ehe für alle» erschwert werden soll. «Die Initiative wird nun seit mehreren Jahren behandelt», so Reynard, «ich finde es schade, dass Beat Rieder mit einer klar juristischen Strategie politische Ziele verfolgt.» Natürlich dürfe man gegen die «Ehe für alle» sein,

sagt Reynard, aber dann solle man wenigstens mit offenen Karten spielen und keine juristischen Gründe vorschieben.

## Gesetzes- oder Verfassungsänderung?

Brisant ist nämlich, dass durch Rieders Vorgehen – sollte es erfolgreich sein – die Änderung nicht auf Gesetzes-, sondern auf Verfassungsebene stattfinden würde. Dies würde die Erfolgs-

chancen der parlamentarischen Initiative deutlich erschweren.

Geht es nämlich, so wie der Nationalrat es vorsieht, um eine Gesetzesänderung, hat die Eidgenössisch-Demokratische Union bereits ein fakultatives Referendum gegen die Initiative angekündigt. In diesem Fall bedarf es «nur» einer einfachen Mehrheit: des Volksmehrs. Behält Rieder hingegen recht und es handelt sich um eine Verfassungsänderung, kommt das obligatorische Referendum zum Zuge. Dieses bedarf dann der doppelten Mehrheit von Volks- und Ständemehr. Sprich: Die Hürde für die «Ehe für alle» wird ungleich höher.

## Rieder: «Berechtigtes Interesse»

Für Rieder ist das Argument des Spiels auf Zeit unverständlich und zeuge von einem «katastrophalen Verständnis unseres Verfassungsrechts.» «Es zeigt einfach, wie ideologisch geprägt Reynard ist», sagt er. Ob ein Gesetz die Verfassung einhält, ist in einer direkten Demokratie wie der Schweiz ohne Verfassungsgerichtsbarkeit elementar. Im Oktober sollen nun Anhörungen im Ständerat stattfinden. Anhörungen, die notabene von der Ständeratskommission oppositionslos abgesegnet wurden. «Es besteht also ein berechtigtes Interesse, die Frage zu klären», so Rieder. Das Geschäft wird somit frühestens in der Dezember-Session vom Ständerat behandelt.